

Direktversicherungsgeschädigte e.V. – Buchenweg 6 - 59939 Olsberg

Gerhard Kieseheuer
Bundesvorsitzender

Herzlich willkommen zur Demonstration der Direktversicherungsgeschädigten hier in München.

Wir sind hier zusammengekommen um unsere Empörung zu bekunden und gegen Altersarmut, Not und Verzweiflung zu demonstrieren.

Altersarmut, Not und Verzweiflung künstlich erzeugt durch unsere Volksvertreter, hier speziell die langjährigen Abgeordneten der CSU.

Es kann nicht sein, dass die Politik die Rentenbeträge immer mehr zurückfährt, auf zusätzliche Altersvorsorge hinweist und die zusätzliche Altersvorsorge derartig schlecht ausrichtet, dass sie zu einem Minusgeschäft für den Arbeitnehmer wird, dass man mehr einzahlt als man ausgezahlt bekommt.

Diese Gesetze nennen sie dann Betriebsrentenstärkungsgesetz, Altersvermögensgesetz oder Gesundheitsmodernisierungsgesetz.

Das sind aber nur Täuschungsmanöver um von den Tatsachen der schlechten Altersvorsorge abzulenken. Ja, gerade die Politiker, besonders die etablierten Politiker der CSU, die sich auch heute wieder nicht den Tatsachen stellen, finden, dass alles in Ordnung ist und verstecken sich hinter höchstrichterliche Entscheidungen.

Ja, viele Politiker, in maßgeblichen Positionen lügen, um die Verbeitragung zu rechtfertigen.

Der Wähler ist diesen Politikern egal, ihnen ist es egal ob die Arbeitnehmer nach einem arbeitserfüllten Leben

>In Altersarmut fallen,

>ihre Lebensplanung zurückschrauben müssen,

>ob sie im Alter schuldenfrei sind oder

>ob sie ihr Haus renovieren können.

Diesen Politikern fehlt nicht nur der Respekt vor der Lebensleistung eines jeden Arbeitnehmers, es fehlt ihnen auch die soziale Verantwortung.

Ja man muss sich fragen haben die Politiker überhaupt ein Gewissen? Es sind gerade die Politiker mit einem C im Namen und gerade die CSU mit ihre Vorsitzenden, hat sich als besonders hartnäckig erwiesen und lehnen eine Änderung ab. Aber kann man diesem Vorsitzenden noch vertrauen, ist er noch der richtige Vorsitzende?

Wie unverständlich verhält er sich in der Causa Maaßen?

Das geht alles am Volk vorbei!!

Eins müssen die Politiker der CDU/CSU bedenken.

Wer Rentner quält - wird nicht gewählt.

Wer Rentner quält - wird nicht gewählt.

Aber gerade diese Politiker lügen nicht nur, sie wimmeln den besorgten und betrogenen Bürger ab. Ja sie antworten nicht einmal. Sie nehmen uns nicht ernst!

Sie schieben das Problem vor sich her und erhoffen, dass es eine biologische Lösung des Problems gibt.

Wir schaffen es z.B. nur bis ins Vorzimmer von Minister Spahn. Auch er macht falsche Angaben. Er spricht von 40 Milliarden die eine Rückzahlung kosten würde, dass aber ist falsch! Es ist die gute Hälfte die man uns Direktversicherte zu unrecht abgenommen hat und die wir zurück haben wollen **und müssen**.

Warum erkennen die Politiker nicht, dass es sich hier um ein riesen Problem der Bevölkerung handelt. Es geht nicht darum, keine gesetzlichen Abgaben zu entrichten, es geht hier darum das wir unberechtigt zahlen müssen, denn gespartes Geld des Arbeitnehmers, kann keine Betriebsrente sein! Auch wenn die Judikative, mit akrobatischen Satzverdrehungen, uns das weiß machen will.

>Warum werden wir abgewiesen?

>warum spricht man nicht mit uns?

>warum setzt man keinen Untersuchungsausschuss ein, wo wir uns erklären können?

>warum ist die Rechtsprechung gegen uns?

Man kann nicht glauben, dass das Bundessozialgericht und das Bundesverfassungsgericht mit ihren Urteilen, die Beitragspflicht bestätigen und dass unsere Volksvertreter sich hinter solchen Urteilen verstecken. Sie müssen sich dafür einsetzen dass die Not und Verzweiflung viele Arbeitnehmer ein Ende hat. Dass man seine Lebensplanung wieder einhalten kann und das junge Arbeitnehmer wieder fürs Alter vorsorgen.

Wenn das mit der Niedrigzinspolitik und der Doppelverbeitragung von Betriebsrenten und der bis zu 4 fach Verbeitragung bei den Direktversicherungen so weiter geht, mache ich mir große Sorgen um das Vertrauen der Menschen in die private und betriebliche Altersvorsorge So wie die Altersvorsorge bei uns in Deutschland ist, fühlt man sich betrogen! Der Rentner der fürs Alter vorsorgt ist der Verlierer, der Arbeitgeber, die Versicherungen und die Krankenkassen sind die Gewinner und verdienen daran. Die Politiker können ohne Anstrengung den Krankenkassenbeitrag niedrig halten.

Nur der Arbeitnehmer, der von seinem Lohn fürs Alter gespart hat, der sein Lebensstandard im Alter sichern muss, der geht leer aus, der zahlt zum Teil mehr in seine Altersvorsorge ein wie er ausgezahlt bekommt.

Uns geht es besonders um unsere Direktversicherung, dem dritten Standbein der Altersvorsorge.

Vor 2004 konnte man auf Treue und Glauben noch vertrauen, da galt noch der Vertrauensschutz und der Bestandschutz.

Und unter dieser Voraussetzung haben sich viele erst entschlossen eine Direktversicherung abzuschließen. Außerdem hatten viele darauf vertraut, dass eine deutsche Bundesregierung niemals ein Gesetz verabschiedet, das rückwirkend Verschlechterungen mit sich bringt.

Weil sie als juristische Laien einfach annahmen:

Vertrag ist Vertrag.

Aber, man kann unserem Staat nicht trauen!

Unsere Direktversicherung ist viele Jahre zuvor in der Erwartung abgeschlossen wurden, dass von unseren Kapitalauszahlung nichts abgezogen wird. Die Politiker gingen damals trickreich vor! Sie machte dafür kein eigenes

Gesetz, sondern fügte die Regelung in ein anderes Gesetz ein, das damals gerade im Bundestag beraten wurde. Daher gab es keinen großen Aufschrei. Der kam erst, als die Regelung 2004 in Kraft trat. Von „nachträglich kalter Enteignung“ von Millionen Versicherten und von verletztem Vertrauensschutz war und ist die Rede.

Vor 2004 galt noch der **Vertrauensschutz**

Unsere Direktversicherungen unterliegen dem Sozialrecht, in dem aufgrund von Sonderformalien im Gegensatz zum allgemeinen Recht kein Rückwirkungsverbot gilt, Vertragsbruch legal ist, Bestandsschutz nicht existiert, sowie die Grundsätze von Treu und Glauben ausgehebelt werden können! Die Justiz handelt im Kern bisher prioritär streng nach formaljuristischen Kriterien ohne konkrete Inhaltsprüfung der Verträge, so dass nur durch die Versicherungsnehmereigenschaft des Arbeitgebers eine „betriebliche Verwurzelung“ hergestellt wird, und sehen die nicht vorhandene Versorgungszusage durch den Vertrag als erfüllt an.

Der Vertrauensschutz wurde 1993 für freiwillig Versicherte Rentner verankert. Davon sprach man 2004 nicht mehr, der Vertrauensschutz für freiwillig Versicherte Rentner fiel einfach dem GMG zum Opfer und dies kostet vielen Rentnern eine Menge Geld und bereitet große Probleme.

Spannend finde ich persönlich, dass die Versicherungen oft ihre Kunden kontaktieren. Aber über diese Änderung informierten sie ihre Kunden nicht, sondern diese wurden bei der Auszahlung mit der Tatsache konfrontiert und somit wurde etwaiger Protest vereinzelt. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Interessant ist auch wie unserer jetziger Bundestagspräsident auf Treue und Glauben bei anderen Politikern pocht. In der Tagesschau sagte er einmal: 'Wir werden die neue französische Regierung davon überzeugen, dass ein alter Satz die Grundlage der Rechtsordnung ist

pacta sunt servande,

Verträge sind einzuhalten bzw. die eingegangenen Verpflichtungen gelten.“ Das BVerfG unterscheidet in seinen Urteilen, bis zu den neusten Urteilen aus dem Juli 2018 was ein Versorgungsbezug ist.

Es heißt dort:

>Auf Versorgungsbezügen musste man bis zum 31.12.2003 den halben Beitrag bezahlen oder

>auf Versorgungsbezügen muss man seit 1981 Beiträge zahlen.

>Von diesen sogenannten Versorgungsbezügen sind auch Renten der betrieblichen Altersversorgung umfasst.

Durch das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung wurde 2004 der zuvor geltende halbe Beitragssatz auf einen vollen allgemeinen Beitragssatz angehoben und neben Renten nicht regelmäßig wiederkehrende

Leistungen von der Beitragspflicht erfasst.

Wir aber waren bis zum 31.12.2003 beitragsfrei und kein Gesetz hat das geändert.

Ist das noch ein Wunder, dass der Rechtspopulismus bei uns immer stärker wird? Das ist ein Ergebnis unserer Politiker.

Die Rechtspopulisten sehen hier ein großartige Möglichkeit Stimmen zu bekommen, denn sie wissen auch

Wer Rentner quält - wird nicht gewählt.

Wer Rentner quält - wird nicht gewählt.

Wie ich ja schon erwähnt habe, ist einer unserer stärksten Gegner die CSU. Ich möchte aus einen Schreiben zitieren, dass im Namen der Landtagsfraktion geschrieben worden ist.

Ich zitiere:

Vielen Dank für Ihre Schreiben vom 4. und 15. Juli, die ich stellvertretend für meine Kolleginnen und Kollegen der CSU-Landtagsfraktion gerne beantworte.

Sie kritisieren darin das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Wie Sie bereits wissen, ist es seit 2004 Gesetz, dass auch aus einer betrieblichen Altersversorgung, die einmalig ausbezahlt wird, Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung fällig werden. Ich möchte noch einmal betonen: Bei der Auszahlung eines geschuldeten Versorgungsbezugs als einmalige Kapitalleistung nach Renteneintritt bestand bereits seit dem Jahr 1982 Beitragspflicht. Nicht beitragspflichtig war eine Kapitalabfindung bis zur Neuregelung lediglich dann, wenn die Auszahlung vor Eintritt des Versicherungsfalls zugesichert wurde bzw. die einmalige Leistung von vornherein als solche vereinbart oder zugesagt worden war.

Die Landesregierung beruft sich hier auf das Urteil des

Bundesverfassungsgerichts 1 BvR 1924/07

Auch die Landesregierung in Bayern hat noch nicht gehört

Wer Rentner quält - wird nicht gewählt.

Wer Rentner quält - wird nicht gewählt.

Die Landesregierung gibt uns auch in diesem Schreiben die Beitragsfreiheit: Ich zitiere noch einmal:

Bei der Auszahlung eines **geschuldeten Versorgungsbezugs** als einmalige Kapitalabfindung nach Renteneintritt bestand bereits seit dem Jahr 1982

Beitragspflicht.

Das stimmt, aber nicht für unsere Direktversicherungen, die keine

Versorgungsbezüge sind, sie waren bis 2004 beitragsfrei und sind ohne gesetzliche Grundlage und ohne Abstimmung im Bundestag beitragspflichtig geworden.

In den Urteilen des BVerfG heißt es immer wieder Direktversicherungen können beitragspflichtig sein.

Sie können beitragspflichtig sein, wenn sie mit Bruttolohn bezahlt worden sind. Wir haben aber, schon in der Einzahlungsphase Lohnsteuer und Sozialabgaben bezahlt oder waren freiwillig versichert.

In dem Gesetz vom 26.11.1973 heißt es

Leistungen der betrieblichen Altersversorgung bleiben anrechnungsfrei, soweit sie auf eigenen Beiträgen des Arbeitnehmers beruhen (z. B. Leistungsteile bei Direktversicherungen).

Dieser Paragraph ist nie geändert worden und müsste heute noch Gültigkeit haben.

In dem von der Landesregierung zitierten Urteil der BVerfG steht auch unsere Beitragsfreiheit schwarz auf weiß.

Ich wiederhole:

Im Schreiben der CSU-Landesregierung steht: Bei der Auszahlung eines geschuldeten Versorgungsbezugs **werden schon seit 1982 Beiträge fällig.**

Im genannten Urteil steht ganz genau was ein Versorgungsbezug ist.

Im Urteil 1 BvR 1924/07 steht unter Randnummer 4:

Die Krankenversicherung der Rentner wird seit dem Rentenanpassungsgesetz 1982 vom 1.12.1981 (BGBl I S. 1205) unter anderem durch Beiträge finanziert, welche die Versicherten zu tragen haben. Seitdem wird außer dem Arbeitseinkommen, der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung und dem Arbeitseinkommen auch der Zahlbetrag von der Rente vergleichbaren Einkommen (Versorgungsbezüge) herangezogen.

Hier ist der Beweis, dass wir immer schon beitragsfrei waren.

Nur auf Versorgungsbezüge, auf die man schon seit 1981 Beiträge bezahlen muss, sind vom GMG erfasst.

Wir sind beitragsfrei. Deshalb meine Warnung an die Politiker

Wer Rentner quält - wird nicht gewählt.

Wer Rentner quält - wird nicht gewählt.

So kommt immer ein Mosaikstein nach dem Anderen an Beweisen zusammen.

Über die entsprechende Abstimmung im Bundestag vom 14.11.2003 berichtet Carl-Ludwig Thiele (FDP), **nachzulesen im Protokoll des Deutschen Bundestags / 15.**

Wahlperiode/ 97. Sitzung vom 11.3.2004 auf Seite 8732:

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich bin nun seit 1990 im Deutschen Bundestag. Ich habe es noch nicht erlebt, dass eine solch weitreichende gesetzliche Regelung beschlossen wurde, ohne dass dieser Punkt vorher in einem der Debattenbeiträgen zu diesem Thema – weder am 18.6. noch am 9.9. noch am 26.9. – auch nur angesprochen wurde.

Es hat am 26.9. auch sehr viel Diskussionen und sehr viele persönliche Erklärungen gegeben; aber in keiner dieser persönlichen Erklärungen ist dieser Punkt auch nur angesprochen worden, weil fast keinem diese Regelung bekannt war. Aus vielen Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen, auch von der SPD und von der Union, weiß ich, ich gehe von 80-90% aus, die damals dem Gesetz zustimmten, nicht wussten, dass eine solche Regelung Bestandteil des Gesetzes war. Die Öffentlichkeit erfuhr von dieser Regelung erst Ende letzten bzw. Anfang dieses Jahres.

Als Mitglied des Finanzausschusses bin auch ich erst zu diesem Zeitpunkt überhaupt auf diese Regelung aufmerksam geworden; das bekenne ich hier ganz freimütig.
Ende des Zitats.

Die Frage ist wer war-s? Wer hat unsere private Kapitallebensversicherung, das dritte Standbein unserer Altersvorsorge, der privaten Altersvorsorge beitragspflichtig gemacht.

War-s Ulla Schmidt? Sie gibt uns die Beitragsfreiheit.

In der 167. Plenarsitzung von 28.4.2016, erklärte Frau Ulla Schmidt, dass unsere DV (Altverträge vor 2002) nicht von der Gesetzesänderung erfasst worden ist. Als Vizepräsidentin des Bundestages hatte sie in der 167. Plenarsitzung am 28.4.2016 den Vorsitz. Im Protokoll 18/167 ist zu lesen.

„Vielleicht dient es auch zur Beruhigung der Gemüter, noch einmal darauf hinzuweisen, dass die Regelung auf einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes beruhte, das besagte, dass Einmalzahlungen und Rentenzahlungen gleichzustellen sind, weil das wirklich ungerecht war. Deshalb kamen diese Regelungen zustande.“ Wir vom Verein waren Ohrenzeugen.

Ich denke das war ein Meisterstück der Lobbyisten der Krankenkassen und des Spitzenverbands der Krankenkasse. Sie haben schon 3 Monate vor Eintritt des GMG für sich entschieden, dass wir beitragspflichtig werden und dass ist einfach so durchgegangen.

Aber das muss ein Ende haben.

Jeder Politiker muss wissen.

Wer Rentner quält - wird nicht gewählt. Wer Rentner quält - wird nicht gewählt.

Ganz aktuell noch ein Urteil vom 9.7. 2018 1 BvL 2/18. Ich zitiere: **Sachverhalt:**
Für die Beitragsbemessung in der gesetzlichen Krankenversicherung und sozialen Pflegeversicherung werden von versicherungspflichtig Beschäftigten

und versicherungspflichtigen Rentnern unter anderem die mit der Rente vergleichbaren Einnahmen zugrunde gelegt. Von diesen sogenannten Versorgungsbezügen sind auch Renten der betrieblichen Altersversorgung umfasst.

Durch das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung wurde 2004 der zuvor geltende halbe Beitragssatz auf einen vollen allgemeinen Beitragssatz angehoben und neben Renten nicht regelmäßig wiederkehrende Leistungen von der Beitragspflicht erfasst.

Hier steht schwarz auf weiß der Beweis unsere Beitragsfreiheit:

Es handelt sich hier um Versorgungsbezüge der betrieblichen Altersvorsorge. Wir wissen, auf Versorgungsbezüge zahlt man schon seit 1981 Beiträge, **wir waren bis 2004 beitragsfrei:**

Der für den zuvor halben Beitrag wurde der volle, allgemeine Beitragssatz erhoben.

Unser Beitragssatz war 0,0

Neu wurden, mit dem GMG, Versorgungsbezüge beitragspflichtig, die bei Auszahlung vor Eintritt des Versicherungsfalls beitragsfrei waren und das ist die Gesetzeslücke die geschlossen worden ist.

Das alles hat mit uns nicht zu tun.

Deshalb gibt es für uns nur eine Forderung:

für unsere private Vorsorge den Status, den wir bis zum 31.12.2003 hatten.

Die Beitragsfreiheit!!!

Der Status wurde ohne gesetzliche Grundlage von den Krankenkassen geändert und wird vom BVerfG eindeutig nicht zu den Versorgungsbezügen gezählt,

Wir fordern

– unsere willkürlich erhobenen Zwangsbeiträge zurück mit der Zusage, dass die Gesetzlichen Krankenversicherungen sich nicht auf Verjährung berufen dürfen

Und damit es alle hören und wissen:

Wer Rentner quält - wird nicht gewählt.

Wer Rentner quält - wird nicht gewählt.